

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 R. monatl. 4,80 R. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 R. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 R., monatl. 5,36 R. Unter Streifband in Polen monatl. 8 R. Danzig 3 R., Deutschland 2,50 R. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einköpfige Nillamezeile 100 Grosch. Danzig 10 bzw. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf. übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Blockanschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur zeitlich erlaubt. — Oftertegebühr 100 Groschen. — Für das Escheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 271.

Bromberg, Sonnabend den 24. November 1928.

52. Jahrg.

Rumänien und Deutschland.

Fast gleichzeitig mit der Übernahme der Regierung durch das neue Kabinett Maniu erfolgte der Abschluß der deutsch-rumänischen Verhandlungen über die seit langem schwedenden finanziellen Streitfragen. Das Abkommen besagt im wesentlichen, daß Rumänien seine wahnsinnige Forderung von zweihundert Millionen Goldlei als Entschädigung für die während der deutschen Besetzung von der Banca Generala herausgegebenen Noten erheblich zurückgeschraubt hat. Deutschland zahlt 75 Millionen. Damit sind alle rumänischen Anprüche endgültig erledigt. Rumänien gibt das noch nicht liquidierte deutsche Eigentum frei und verzichtet ferner auf die Anwendung der Paragraphen im Versailler Vertrag, die gewisse Möglichkeiten bieten, deutsches Eigentum erneut zu beschlagnahmen.

Durch diese Einigung wird die deutsche Beteiligung an einer Finanzhilfe möglich und die bisher international mit Recht bezweifelte rumänische Kreditfähigkeit erhöht; auch einem deutsch-rumänischen Handelsvertrag, der den geschwächten rumänischen Wirtschaft viele Vorteile bringt, steht nichts mehr im Wege. Denn das entscheidende Problem des rumänischen Landes ist das der Wirtschaft, die Erhaltung des Lei und der Auslandscredite. Die liberale Partei, die nun der Opposition der Nationalazisten weichen mußte, ist nicht damit fertig geworden. Der bewegliche Herr Titulescu reiste im Auslande zwar von Pontus zu Pilatus; aber er vermochte weder das Münzfrauen von London zu zerstreuen, noch die politische Siebe Frankreichs in wirklich genügende Klingende Münze umzuwenden. An und für sich könnte die Wirtschaft Rumäniens, als die eines gesunden Bauernlandes, durchaus klären. Doch die berüchtigte Agrarreform verhinderte die Getreideausfuhr und damit die Hauptheimannahme des Staates, und das Plus, das heute etwa noch die Cetate anwirkt, wird auf Kosten einer ungeheuerlichen Abnutzung der Substanz erkauft. In keinem anderen Lande der Welt befindet sich das Verkehrsnetz, das noch an vielen Stellen die von den Deutschen während des Krieges provisorisch eingerichteten Notbrücken benutzt, in einem so dauerhaften Zustande. Die „große Auslandsanleihe“ war jetzt Jahren das erhörende Wort. Aber die Antwort, die Herr Titulescu immer erhält, lautete: einigt euch hiermit den Deutschen.

Das neue Kabinett hat diese Einigung als ersten außenpolitischen Erfolg in die Tasche gesteckt. Doch die innerpolitische Auseinandersetzung des Rechtsanwalts Maniu mit dem Bruder und Erben Ionels Bratiann, Bintila, und sein Sieg über das bisher herrschende Regime der liberalen Partei haben, wie erst kürzlich der Führer des Deutschtums im rumänischen Banat darlegte, auch einen bedeutsamen moralischen Hintergrund. Die Popularität Manius beruht nicht zuletzt auf seinem persönlichen Kampf gegen den von den Liberalen sanktionierten und ausgestalteten Missbrauch der Staatsgewalt. Die auf den 12. und 15. Dezember ausgeschriebenen Kammer- und Senatswahlen sollen der neuen Regierung den parlamentarischen Unterbau geben. An einer überwältigenden Mehrheit für den augenblicklichen Regierungsschef ist nicht zu zweifeln. Erstens gilt in Rumänien als oberstes Gesetz der Satz: wer die Macht hat, macht die Wahl; zum anderen aber hat die bisherige Opposition und heutige Inhaberin der Regierungsgewalt tatsächlich die große Mehrheit der rumänischen Bevölkerung hinter sich, wird sie getragen von der Unzufriedenheit des Landes über die liberale Willkür und Machtwilligkeit. Der Ballon hat freilich auch seinen eigenen moralischen Maßstab. In einem Lande, in dem eine allzu zahlreiche Beamtenhaft von dem Gehalt, das ihr der Staat zahlt, keinesfalls existieren kann, ist die heute fast selbstverständliche Korruption nur durch tiefgreifende Reformen zu lösen; eine Änderung des Hauptes zieht noch keine Änderung der Glieder nach sich. So bleibt abzuwarten, wie die neue Regierung mit der allmächtigen Bürokratie fertig wird, beziehungsweise die moralischen Grundsätze ihrer früheren Opposition in die Tat umsetzt.

Dazu gehört vor allem die Stellungnahme als Regierung zur Minderheitenfrage, zu den vier Millionen Menschen zählenden Nationalitäten Großrumäniens, insbesondere den Deutschen, die in Siebenbürgen und im Banat die hochwertigsten Träger der Wirtschaft sind. Schon die letzte liberale Regierung hatte ein neues „Minderheitsgesetz“, das heißt, die noch immer fehlenden Durchführungsbestimmungen zu der Verfassung und die Durchführung ist in einem Balkanstaat immer das Entscheidende in Aussicht gestellt. Wie viele schöne Versprechungen wurden nicht schon in Bukarest verteilt! Nur die Ausführungsbestimmungen kamen nicht.

Am 1. Dezember 1918 erklärte die in Karlsburg versammelte große rumänische Volksversammlung den Anschluß Siebenbürgens und der angrenzenden Teile Ungarns an den rumänischen Staat. Sie sicherte „allen mitwohnenden Völkern“ die volle nationale Freiheit zu, deren Grundrechte in den sogenannten Karlsburger Verträgen zusammengefaßt wurden. Hier findet sich das große Wort: „Jedes Volk wird den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner eigenen Sprache durch Individuen aus seiner eigenen Mitte haben, und jedes Volk wird das Recht der Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften in der Regierung im Verhältnis der Zahl der zu ihm gehörigen Individuen haben.“ — Bekanntlich hat die nationale Bauernpartei in ihrem Programm diese Beschlüsse als die ihres aufgestellt. Wird die Regierung Maniu, anders als die vorangegangenen Regierungen ihrerseits zu den Grundzügen der sie mitbilden Partei stehen und die Karlsburger Beschlüsse endlich verwirklichen? Auch das bleibt abzuwarten. Doch die großzügige Gewährung der kulturellen Autonomie an das rumänische Deutschland würde die sich nunmehr wieder anbahnenden Beziehungen zwischen Rumäniens und dem Reich nur enger knüpfen.

Dr. W.-s.

Wahlaktiv in Rumänien.

Die Deutschen gehen mit der neuen Regierung zusammen.

Bukarest, 23. November. (PAT) Die gegenwärtig regierende Nationale Bauernpartei hat einen Wahlblock mit der deutschen und der sozialdemokratischen Partei abgeschlossen. Die Deutsche Partei soll 12 ihrer Kandidaten auf der gemeinsamen Staatsliste des Blocks aufstellen, die Sozialdemokraten sind mit 9 Kandidaten hervorgetreten. Die Vereinbarung betrifft lediglich die Wahlkampagne, ohne daß sich die Parteien politisch gegenseitig binden. Die Verhandlungen über den Abschluß eines ähnlich weitgehenden Abkommens mit der Ungarischen Volkspartei haben zu keinem Ergebnis geführt. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß die Nationale Bauernpartei ein Wahlkommune in den einzelnen Bezirken auch mit der Ungarischen Volkspartei und der demokratischen Organisation der ungarischen Minderheit abschließen wird. Ein Wahlkommune ist auch zwischen der Liberalen Partei und der Vereinigung der rumänischen Jugend zustande gekommen. Die Volkspartei des Generals Avarescu wird gemeinsame Wahlkommune mit der Nationalen Partei des Professors Jorga ausspielen.

Weitere Empfänge für Drummond.

Warschau, 23. November. (PAT) Sir Eric Drummond und Dr. Sugimura stellten gestern vormittag dem Ministerpräsidenten Bartel, dem Sejmarschall Dąbrowski, sowie dem Sejmarschall Szymanowski Besuche ab. Dr. Sugimura wurde außerdem im Belvedere durch Marschall Piłsudski in besonderer Audienz empfangen. Nachmittags 2 Uhr fand ein Mittagessen statt, das der Ministerpräsident zu Ehren der Gäste gegeben hatte, abends speiste Sir Eric Drummond in der englischen Gesandtschaft, während Dr. Sugimura ein Diner in der japanischen Gesandtschaft gegeben wurde.

Der Kampf gegen die Ukrainer. Polnische Note an die Tschechoslowakei.

Prag, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der polnische Gesandte in Prag Dr. Grzybowski hat dem Minister Venesch eine Note der polnischen Regierung über die Tätigkeit der ukrainischen Emigration auf dem Gebiet der Tschechoslowakei überreicht. Die polnische Note weist darauf hin, daß auf dem Gebiet der Tschechoslowakei zahlreiche ukrainische Organisationen tätig sind, die entschieden antipolnische Tendenzen verfolgen. Diese Organisationen entwickeln eine sehr lebhafte Tätigkeit, wobei sie, wie dies das Attentat auf den Konzul Lubaczewski beweist, sogar vor einer terroristischen Aktion nicht zurücktrecken. Die Note fordert die unverzügliche Liquidierung einiger ukrainischen Organisationen in der Tschechoslowakei und zwar der Liga der ukrainischen Nationalitäten, der ukrainischen Militärorganisation, der Organisation der nationalistischen Jugend und des Narodow Sojuz. Außerdem fordert die Note die Schließung der in Prag erscheinenden ukrainischen Zeitung „Rozbudowa Nacji“ (Entwicklung der Nation), sowie die Auslieferung einer Reihe von ukrainischen Agitatoren aus der Tschechoslowakei. Die Regierung der Tschechoslowakei soll sich bereits grundsätzlich damit einverstanden erklären haben, die in der polnischen Note enthaltenen Wünsche zu erfüllen.

Dr. Hermes kommt nach Warschau.

Berlin, 23. November. (PAT) Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, sind die Beratungen des Reichskabinetts in der Frage der Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen soweit fortgeschritten, daß sich der Vorsitzende der deutschen Delegation, Minister Dr. Hermes, Anfang oder Mitte der nächsten Woche nach Warschau begibt, um dort die Verhandlungen mit dem Vorsitzenden der polnischen Delegation Dr. von Twardowski wieder aufzunehmen. Im Zusammenhang mit dieser Notiz behaupten die „Kreuzzeitung“ und die „Germania“ kategorisch, daß die Beratungen des Kabinetts in der Frage der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen beendet worden seien. Die „Germania“ betont, daß es von den Ergebnissen der Zusammenkünfte zwischen Dr. Hermes und Herrn Twardowski abhängen werde, ob die Verhandlungen erneut aufgenommen werden.

Wer geht nach Moskau?

Dr. Stresemann bei Hindenburg.

Berlin, 23. November. Der Berliner Presse zufolge hat der Reichspräsident von Hindenburg gestern mittags den Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu einer längeren Audienz empfangen. Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ behauptet, daß die Konferenz zwischen Hindenburg und Stresemann die Frage der Beseitung der deutschen Botschaft in Moskau betroffen habe. Da der deutsche Botschafter in Rom von Neuernath die Annahme des Moskauer Postens abgelehnt hatte, werden für diesen Posten als die ernstlich in Betracht kommenden Kandidaten erneut der deutsche Botschafter in Angora Madolyn und der gegenwärtige Leiter der Staatsabteilung im Außenministerium und ehemalige Legationsrat in Warschau von Dirksen genannt.

Viele verlautet, soll Herr Madolyn von den Sowjets ungern empfangen werden, während Herr von Dirksen lieber in Berlin bleiben möchte. Völlig aus der Lust ge-

griffen erscheint jedoch das Gerücht, daß der beim Zentrum unbeliebte Staatssekretär von Schubert nach Moskau gehen soll. Herr von Schubert ist ganz einseitig westpolitisch eingestellt. Dieses Gerücht, das von Kreisen weitergegeben wurde, die der polnischen Gesandtschaft in Berlin nahestehen, wollte ferner wissen, daß zum Nachfolger des Staatssekretärs von Schubert in der Stellvertretung des Reichsaußenministers der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Nauscher ausersehen sei, der in Warschau durch den deutschen Botschafter Dr. Riech erfreut werden sollte. Bekanntlich ist Herr Nauscher Sozialdemokrat, während Herr Dr. Riech dem Zentrum nahestehst, so daß durch diesen Personalwechsel die in der letzten Reichstagsdebatte geäußerten Parteiwünsche des Zentrumsausschusses, Prälat Dr. Schreiber erfüllt werden könnten.

Neues Deutsches Memorandum an die Mächte.

Berlin, 22. November. (PAT) Die heutige Berliner Presse meldet übereinstimmend, daß trotzdem die offizielle Antwort der Entente-Regierungen auf die deutsche Note vom 30. Oktober in Berlin noch nicht eingetroffen ist, die deutsche Regierung Beratungen über die Absaffung eines neuen Memorandums an die Ententemächte in der Reparationsfrage pflegt, das eine Antwort auf den durch Vermittlung der deutschen Gesandten in Paris und London übermittelten Meinungsaustausch zwischen den einzelnen Regierungen der Entente darstellen würde. Die Berliner Presse kündigt an, daß die deutsche Regierung in ihrer Antwort nochmals den Grundsatz der vollkommenen Unabhängigkeit der Arbeiten der Sachverständigenkommission und der Unabhängigkeit der Rheinlandräumung von den Reparationszahlungen aufstellen wird.

Die französischen Sachverständigen.

Paris, 23. November. (PAT) Der Ministrerrat beschäftigt sich in seiner geplanten Sitzung mit der Reparationsfrage, der Erneuerung der französischen Sachverständigen und mit der Festsetzung des Konferenzzortes. Es bestätigt sich die Meldung, daß als französische Sachverständige bestimmt werden sollen der Gouverneur der Banque Francaise Moreau und der Professor des Rechts Alix. Es ist sehr wahrscheinlich, daß zum Konferenzzort Brüssel oder Paris gewählt werden wird.

Geburtenrückgang und Hirtenbrief.

In unserem Gebiet war von jeher die Geburtenzahl der polnischen Bevölkerung, auch verhältnismäßig, größer, als die der deutschen. Nach dem Kriege haben sich, zum Teil infolge der Abwanderung gerade aus dem mittleren Lebensalter der deutschen Bevölkerung, diese Verhältnisse für uns weiter verschlechtert. In evangelischen Kreisen hat man diese Tatsache bereits seit längerer Zeit mit ernster Sorge beschäftigt. Zuletzt hat auf dem Männertag der letzten Kirchlichen Woche in Posen Verbandsdirektor Dr. Swart auf die darin liegende Gefahr hingewiesen und den evangelischen Männern das Gewissen geärgert gegenüber dem sittlichen Unrecht gewollter Eheschließung oder Geburtenbeschränkung. Die Zahl der Eheschließungen in den evangelischen Gemeinden Posens und Pommern ist in den letzten Jahrzehnten nicht etwa gesunken, sondern von Jahr zu Jahr trotz der noch immer nachwirkenden Abwanderung etwas gestiegen. Im Jahre 1925 wurde für 1765 Eheschließungen die evangelische Trauung nachgeführt, und im Jahre 1927 für 1793. Da in unserem Gebiet kaum eine Eheschließung erfolgt, für die nicht auch die kirchliche Trauung nachgeführt wird, so gibt uns die Zahl der Trauungen ein zutreffendes Bild für alle evangelischen Eheschließungen. Um so größere Befürchtungen erregt es, daß in denselben Jahren die Zahl der Geburten erstaunlich abgenommen hat, die wir bei uns wieder mit der Zahl der Taufen gleichsetzen können.

In den evangelischen Gemeinden Poens und Pommern betrug im Jahre 1925 die Geburtenzahl 6207, im Jahre 1926 nur 5886 und im Jahre 1927 nur noch 5271. Während im Jahre 1925 sich daran ein Überfluß der Geburten über die Todesfälle von 1152 ergab, ist dieser Überfluß 1926 auf 455 und 1927 auf 157 gesunken! Zum Teil erklären sich diese Verhältnisse aus der Zusammenziehung der Gemeinden, in der die höheren Lebensalter bei weitem überwiegen, nachdem durch die Abwanderung, die Optantenaustritt und andere Maßnahmen gerade die lebenskräftige evangelische Bevölkerung so stark zurückgegangen ist.

Auf diese Verhältnisse nimmt Generalsuperintendent Dr. Blau in einem Hirtenbrief Bezug, der am letzten Mittwoch, dem 22. und 23. November der evangelischen Kirche von den Kanzeln aller evangelischen Kirchen in Poens und Pommern verlesen wurde. Ernst und eindringlich stellt der Hirtenbrief als das Wichtigste in einem Volle ein christliches Familienleben voran. Die Grundlage dafür bildet die Heiligkeit der Ehe, Christliche Treue, Freunde an den Kindern und damit am Familienleben brachen wir, wenn unsere Gemeinden gestund bleiben und eine Zukunft haben sollen. In erster Sorge um die Seelen redet der Hirtenbrief eindringlich Männern und Frauen, jungen Männern und Mädchen ins Gemüte. Mannesrede und Mädchenehre sollen sie wahren und die Eheschließung als ernste Pflicht betrachten. Auch äußere Vorteile dürfen nicht zu einer Mischheirat führen, die unter unseren Verhältnissen besonders verhängnisvoll ist. Der Hirtenbrief, dem weiteste Breitung und vor allem ernste Beachtung zu wünschen ist, schließt mit dem Wort: „O felix Haus, wo man dich aufgenommen, du mahrer Seelenfreund, Herr Jesu Christ.“

